

Was läuft?



Was läuft NICHT?

„Wir wollen die Gleichbehandlung aller Schulformen wiederherstellen. Die Benachteiligung von Realschulen und Gymnasien werden wir beenden. (...)“

An den Realschulen werden wir eine Stärkung der Berufsorientierung durch eine Überarbeitung der Lehrpläne im Sinne der Neigungsdifferenzierung vornehmen. Wir werden die Durchlässigkeit durch eine verbindliche Kooperation mit Oberstufen von Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs verbessern.“

*(Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2017;
Kapitel: Land des Aufstiegs durch Bildung)*

Mit diesen vollmundigen Worten wurde die Schulform Realschule im Koalitionsvertrag der „NRW-Koalition“ aus dem Jahr 2017 bedacht. Markige Worte, die durchaus auch dem Wahlkampf geschuldet waren, hatten doch in diesem sowohl CDU wie auch FDP die erfolgreiche Bildungsarbeit an den Realschulen und ihre Bedeutung für den Mittelstand stets betont.

Worte, denen Taten folgen sollten, müsste man meinen.

Leider gab und gibt es Hindernisse, die diesen Worten entgegenstehen. Denn zunächst wurde durch die neue Landesregierung nicht die „Gleichbehandlung aller Schulformen“ wiederhergestellt, sondern eine explizite Konzentration auf die Schulform Gymnasium und deren Umwandlung von G8 zu G9 gelegt.

Zugegebenermaßen eine Konzentration, die es vollbrachte, den schwelenden emotionalen Konflikt um G8/G9 zu beruhigen und eine konsens- und damit tragfähige Lösung zu schaffen.

Aber darüber wurden im ersten Regierungsjahr alle anderen Schulformen komplett vergessen. Von der Grund- über die Hauptschule zur Sekundar- und Gesamtschule und schließlich auch bis zur Realschule reichte diese Nichtbeachtung von Schulformen, die immerhin den größten Teil der Schülerschaft in NRW bilden und erziehen.

Und ein zweites Hindernis, das der Stärkung im Wege stand, war schlicht und ergreifend die Tatsache, dass vergessen worden war, eben nicht einzelne Schulformen losgelöst zu betrachten, sondern immer im Zusammenhang mit dem gesamten Schulsystem.

Dies gilt insbesondere für die Schulen des dreigliedrigen Systems. Hier kann eben nicht eine Schulform isoliert betrachtet werden, sondern es müssen stets alle gemeinsam als ein System zu analysieren und betrachten sein.

Diesen Fehler hatte eine schwarz-gelbe Landesregierung schon einmal gemacht, als sie isoliert von allen anderen Schulformen des dreigliedrigen Systems versucht hatte, die Schulform Hauptschule „zu stärken“. Wo diese Stärkung endete, ist nicht nur in dieser Ausgabe von Schule heute nachzulesen, sondern im ganzen Land Nordrhein-Westfalen spürbar. Nun also eine Stärkung der Schulform Realschule.

Verlassen wurde leider, dass die Schulform Realschule ohne die Schulform Hauptschule und die Schulform Gymnasium nur bedingt einsatzfähig ist. Gut, das Gymnasium stellt kein Pro-

blem dar und wurde ja auch konzentriert gefördert. Aber leider war und ist das flächendeckende Verschwinden der Hauptschule in ganzen Teilen Nordrhein-Westfalens eine große Herausforderung für die Realschulen.

Problem erkannt, Gefahr gebannt?

Zu dieser Schlussfolgerung könnte kommen, wer den Beschluss des Landtags aus dem Juni 2018 liest, dass Realschulen nun auch einen Hauptschulbildungsgang ab dem Jahrgang 5 anbieten können sollen. Dies stellt eine Erweiterung des bereits vorhandenen § 132 c des Schulgesetzes NRW dar, der bisher eine solche Einrichtung erst ab Jahrgang 7 vorsah.

Auf die Ausführungen des Landtagsbeschlusses warten die Schulpraktiker übrigens bis heute.

Den VBE hat die Situation an den Realschulen nicht in Ruhe gelassen, sodass wir am Ende des Schuljahres eine Umfrage unter Realschullehrkräften gemacht haben, deren Ergebnisse wir hier nun vorstellen.

Von einer Stärkung der Realschulen kann nach den Ergebnissen keine Rede sein. Vielmehr zeigen die Ergebnisse deutlich, wo die Probleme dieser Schulform weiter liegen und wenn sie nicht verbessert oder geändert werden, weiter liegen werden. Nicht überraschend ist übrigens die Tatsache, dass sich überproportional Kolleginnen und Kollegen aus Schulen mit einem Hauptschulbildungsgang nach § 132 c an dieser Umfrage beteiligt haben. Dies zeigt deutlich, wo der Schuh drückt und dass Optimierungen nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfen. Denn die Realschule ist die Schulform der weiterführenden Schulen, die bei der schlechtesten Schüler-Lehrer-Relation gleichzeitig die höchste Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte hat. Von einer Gleichbehandlung der Schulformen kann also keinesfalls die Rede sein.

Beteiligung an der Umfrage

An der Meinungsumfrage beteiligten sich 716 Personen, davon 134 Schulleitungen und stellvertretende Schulleitungen. Realschullehrkräfte konnten sich vom 4. bis zum 22. Juni an der Online-Umfrage beteiligen.

Auffallend ist die hohe Beteiligung der Lehrkräfte, die an Schulen mit einem Hauptschulbildungsgang nach §132c unterrichten. Diese machten 14,4 % der Teilnehmer aus, obwohl an lediglich 11 von 450 (2,44 %) Realschulen in Nordrhein-Westfalen der Hauptschulbildungsgang angeboten wird.

Die Umfrageergebnisse sind damit zwar nicht repräsentativ, weisen aber durch die sehr eindeutigen Angaben auf die Meinungsrichtung der Lehrerinnen und Lehrer dieser Schulform hin.

Zusammengefasst sind 68,6 % der befragten Lehrkräfte nicht mit der Gesamtsituation zufrieden. Nur 1,4 % der Befragten bewerten die Gesamtsituation der eigenen Schule als sehr gut, ein niederschmetterndes Ergebnis.

„Mehr Sonderpädagogen für mehr Doppelbesetzung, mehr Unterstützung für die Integration, mehr Zeit für Förderung, besserer technischer

Support für den IT-Bereich, mehr Entlastungsstunden für besondere Aufgaben und Funktionsstellen.“

(Anonymer Kommentar einer befragten Lehrkraft)

Die Rahmenbedingungen der Realschule

Die durchschnittliche Klassengröße liegt bei 28 Kindern. Die Angaben schwanken von 24 bis zu 32 Schülerinnen und Schülern. Der hohe Mittelwert zeigt, dass kleinere Klassen eine Ausnahme darstellen. Vorgesehen ist für die Schulform Realschule eine Klassengröße von 25 bis 29 Schülerinnen und Schülern. Diese weite Vorgabe mit einem Maximalwert von einer Klassengröße mit bis zu 31 Kindern wertet der VBE mit Blick auf die Entwicklung hin zu einer immer stärkeren heterogenen Schülerschaft als nicht mehr zeitgemäß.

Über die Hälfte der Befragten sind an Schulen, an denen keine Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter tätig sind (51,82 %). Aus Sicht des VBE ein nicht mehr tragbarer Zustand. Übernehmen Lehrkräfte zusätzliche Aufgaben (Lehrerrat, Steuergruppe ...) besteht in den meisten Fällen keine angemessene Entlastung (62,29 %). Das bestätigt auch die kürzlich veröffentlichte VBE-Studie „Wie geht's?“, wonach Lehrkräfte in der Regel lange Belastungsphasen erleben und keine Möglichkeiten der Entspannung zur Verfügung stehen. Gesunde Schulen und damit gesundes Personal sind ein nicht zu unterschätzender Baustein für die Bildungsqualität.

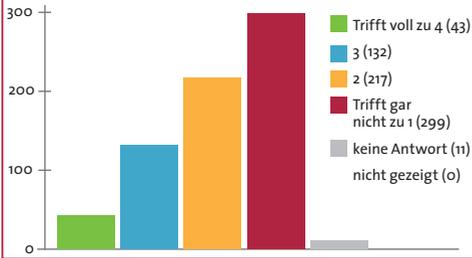
Zusammengefasst geben lediglich 11,2 % der Befragten an, dass die räumliche Ausstattung an ihrer Schule als gut zu bewerten ist (Möbiliar, genügend Klassenräume, genügend Fachräume ...). Über die Hälfte der Lehrkräfte sind mit dem Lehrzimmer nicht voll zufrieden (66,91 %). Hier wird die dringende Umsetzung der Geldmittel des Programms „Gute Schule 2020“ erneut deutlich.

Gerade einmal 9,4 % sagen, dass ihre Schule über die entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen für ihr pädagogisches Personal verfügt.

Die meisten Lehrerinnen und Lehrer bewerten die Lehrmittel an ihrer Schule (Sportgeräte, Musikinstrumente oder Lernkarten) nicht als zeitgemäß und ausreichend. Nur 5,7 % der Befragten beantworten die Frage mit „trifft voll zu“.

73 % geben an, dass ihre Schule gar nicht oder nicht medial gut und zeitgemäß ausgestattet ist. Gemeint ist hier die angemessene Ausstattung an Computern und Laptops für Lehrkräfte, Tablets und Lernsoftware für die Schülerschaft, eine Internetverbindung und die Beamer sowie elektronische Tafeln. Die Daten bestätigen die deutschlandweite VBE-Umfrage zur Digitalisierung, wonach Lehrkräfte digitale Bildung erlebbar machen möchten, was jedoch durch eine unzureichende Ausstattung sehr erschwert wird.

Rahmenbedingungen (Die Schule ist medial gut und zeitgemäß ausgestattet [PC und Laptops für Lehrkräfte, Beamer, elektronische Tafeln, Tablets und Lernsoftware für Schülerinnen und Schüler, funktionierende schnelle Internetverbindung...])



„Digitalisierung ist nicht vorhanden.“

„Bewilligung von Schulbüchern für jeden Schüler. Zwei komplette Klassen konnten im laufenden Schuljahr im Fachunterricht nicht mit einem Schulbuch ausgestattet werden!“

(Anonyme Kommentare befragter Lehrkräfte)

30 % der Befragten sagen, dass es keinen adäquaten technischen Support für die vorhandene Technik geben würde. Lediglich 5,7 % können bestätigen, dass ihre Schulen durch den Schulträger technisch adäquat unterstützt werden.

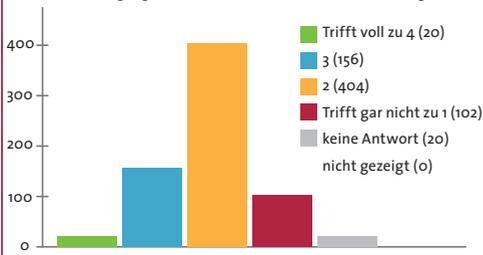
Die Unterrichtsversorgung an der Realschule

Der Unterrichtsausfall war ein Wahlkampfthema der jetzigen Landesregierung. Wir fragten nach qualitativen Angaben zur Unterrichtsversorgung.

95 % der Befragten geben an, dass an ihrer Schule Lehrkräfte fachfremd unterrichten. Über die Hälfte der Lehrkräfte sehen nicht, dass ihnen genügend Kolleginnen und Kollegen zur Seite stehen, um die Schulprogrammarbeit umsetzen zu können (54,6 %).

Auf die Frage, ob ihre Schule individuelle Förderung leisten kann, antworteten nur 2,8 % der Lehrkräfte, dass dies voll zutrifft.

Unterrichtsversorgung (Unsere Schule kann individuelle Förderung leisten.)



„Mehr personelle und räumliche Fördermöglichkeiten bei Förderbedarf“

„Dringend kleinere Lerngruppen!“

(Anonyme Kommentare der befragten Lehrkräfte)

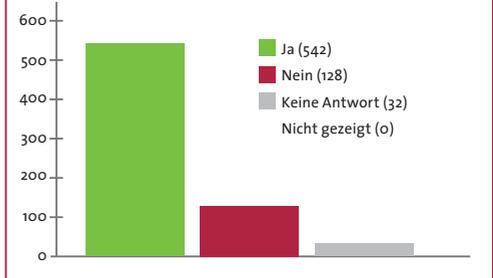
Bedingungen für erfolgreiche Integration an der Realschule

Die eindeutige Mehrheit der Befragten (77,2 %) erlebt im Schulalltag Kinder, die fast keine Deutschkenntnisse haben. Auf die Frage, ob die zusätzliche Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund an ihrer Schule durchgeführt werden kann, sagten nur 11 %, dass dies voll zutrifft. Die Mehrheit der befragten Lehrkräfte (66 %) sieht für diese Aufgabe Verbesserungspotenzial an ihren Schulen. 15,78 % der Befragten sagen, dass dies gar nicht zutreffen würde.

Wirksame Unterstützung für die Integrationsarbeit, wie etwa den Einsatz von Übersetzern, erleben 40 % in ihrem Arbeitsalltag gar nicht, während nicht einmal 1 % angibt, dass dies voll zutrifft.

Gerade einmal 1,3 % geben an, dass die Ausstattung an ihrer Schule den Bedürfnissen dieser Schülergruppe voll entspricht.

Unsere Schule beschult Kinder, die (fast) keine Deutschkenntnisse haben.



„Mehr Material für Kinder mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge.“

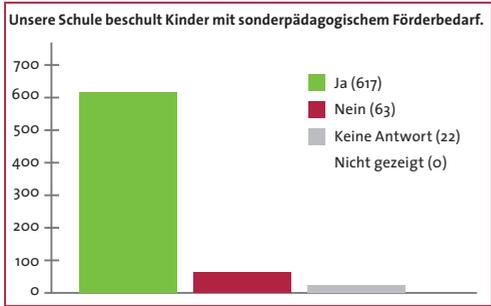
(Anonyme Kommentare befragter Lehrkräfte)

Inklusion an Realschulen

87,9 % der befragten Lehrerinnen und Lehrer geben an, dass an ihrer Schule Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult werden.

Nur 19,7 % sehen, dass ihre Schule angemessen mit sonderpädagogischer Expertise versorgt ist. Rund 67 % erleben eine mangelnde Versorgung an sonderpädagogischer Expertise an ihrer Schule.

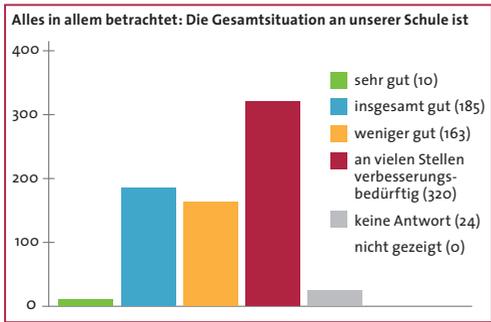
Eine Besetzung aus sonderpädagogischer Lehrkraft und Regellehrkraft für inklusiven Unterricht scheint es an den meisten Schulen nicht zu geben. Lediglich 1,4 % geben an, dass die Doppelbesetzung voll zutrifft. Kaum mehr Lehrkräfte (1,8 %) meinen, dass die Ausstattung ihrer Schule den Bedürfnissen der inklusiv zu beschulenden Kinder voll entspricht.



„Inklusion und individuelle Förderung räumlich und personell erst mal möglich machen!!!“
 (Anonymer Kommentar einer befragten Lehrkraft)

Alles in allem betrachtet

Die Mehrheit der Lehrkräfte sieht an vielen Stellen, dass die Gesamtsituation an ihrer Schule verbesserungsbedürftig ist.



„Am vordringlichsten ändern müsste sich die politische Wahrnehmung unserer Schulform von „existent“ zu „wertschätzend.“
 (Anonymer Kommentar einer befragten Lehrkraft)

Fazit

„An den Realschulen werden wir eine Stärkung der Berufsorientierung durch eine Überarbeitung der Lehrpläne im Sinne der Neigungsdifferenzierung vornehmen. Wir werden die Durchlässigkeit durch eine verbindliche Kooperation mit Oberstufen von Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs verbessern.“

(Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2017)

Statt einer weiteren Überarbeitung der Lehrpläne, einer Flickschusterei durch Einführung eines Hauptschulbildungsgangs an Realschulen oder eines wortreichen Stärkungspakts für die Schulform Realschule sollte die Landesregierung genau das machen, was sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat.

Und zu diesem Ziel gibt es tatsächlich eine Lösung, die sich in ihrer Einfachheit und Praxisnähe nicht überbieten lässt: Die Landesregierung muss endlich den Realschulen, die unter den genannten Problemfeldern leiden, die freiwillige Möglichkeit anbieten, sich in eine Sekundarschule umwandeln zu können. Denn die Schulform Sekundarschule bietet die Stärkung der Berufsorientierung, sie bietet eine breite Neigungsdifferenzierung und sie bietet durch die verbindliche Kooperation eine hohe Durchlässigkeit. Zudem kann die Sekundarschule sowohl kooperativ (vgl. Realschule mit Hauptschulbildungsgang) wie teilintegriert (vgl. § 132 c) wie auch integriert geführt werden.

Und dies alles zu einer vernünftigen Schüler-Lehrer-Relation und einem angemessenen Unterrichtsdeputat (25,5) für die Lehrkräfte.

Lange darf die Regierung nicht mehr warten, sie muss endlich die übrigen 60 % der Schülerschaft, die nicht auf das Gymnasium wechseln, in den Blick nehmen und gute Voraussetzungen schaffen für Chancen- und Bildungsgerechtigkeit. Sonst bleibt der anspruchsvolle Titel „Land des Aufstiegs durch Bildung“ des Kapitels aus dem Koalitionsvertrag nichts als eine weitere leere Worthülse.

Martin Hermes,
 Realschullehrer und
 Leiter des VBE-Referates Realschule

